

Berlin, 30. September 2015
ev-fb



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesvorstand

Mehrere Tausend Beschäftigte protestieren gegen Tariffucht bei Real

MEDIENINFORMATION

5 Mehrere Tausend Beschäftigte haben heute gegen die Flucht der SB-
Warenhauskette Real aus der Tarifbindung protestiert. Allein in Düssel-
dorf kamen zur zentralen Streikkundgebung am Sitz der Metro-Zentrale,
des Mutterunternehmens von Real, rund 4.000 Beschäftigte aus etli-
chen Teilen des Bundesgebiets zusammen. Dezentrale Kundgebungen
und Streiks gab es zudem in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-
Vorpommern, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Sachsen-
Anhalt. Real hatte am 17. Juni 2015 den Ausstieg aus der Tarifbindung
10 verkündet. Damit drohen den Beschäftigten massive Verschlechterun-
gen ihrer Einkommens- und Arbeitsbedingungen.

15 „Real hat gestern einen Katalog von Verschlechterungen präsentiert.
Das Unternehmen stellt das Weihnachts- und Urlaubsgeld in der bishe-
rigen Form in Frage, es will weniger Urlaub gewähren, die Zuschläge
beschneiden oder ganz kürzen, die Arbeitszeit erhöhen und neue Be-
schäftigte schlechter bezahlen. Im Gegenzug würde man gegebenen-
falls Investitionen in Märkte zusagen. Die Beschäftigten sollen die Zu-
kunft des Unternehmens aus eigener Tasche finanzieren und werden
gegeneinander ausgespielt. Das werden wir nicht zulassen“, sagte
20 ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger.

25 „Die Arbeitnehmer sollen immer die Zeche für das Versagen des Mana-
gements zahlen. Was in den Tarifverhandlungen angeboten wurde, hat
zu noch mehr Frust in der Belegschaft geführt“, kritisierte Werner
Klockhaus, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats von Real und Kon-
zernbetriebsratsvorsitzender der Metro AG.

30 Die Arbeitgeber hatten in den Tarifverhandlungen am gestrigen Diens-
tag angekündigt, Urlaubs- und Weihnachtsgeld künftig nur noch varia-
bel je nach Unternehmenserfolg gewähren zu wollen. Zudem soll es
weniger Urlaubstage geben, die wöchentliche Arbeitszeit ohne Lohn-
ausgleich erhöht werden, die Nachtzuschläge sollen verändert werden
und die Spätöffnungszuschläge ganz wegfallen. Das Unternehmen
35 plant zudem eine veränderte Entgeltstruktur bei Neueinstellungen.

ver.di fordert die Rückkehr in die Tarifbindung. „Wir wollen keinen Ver-
drängungswettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten, sondern
Existenzsicherung, gute Arbeitsbedingungen und eine sichere Zukunft
für alle“, sagte Nutzenberger.

V.i.S.d.P.:

Eva Völpel
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de